

# Inhaltsübersicht

Übersicht über die Kapitel und die Autoren . . . . .	V
Vorwort zur 4. Auflage . . . . .	VII
Inhaltsverzeichnis . . . . .	XIII
Abkürzungen . . . . .	XXXI
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur . . . . .	XLV
Hinweise zu den Lern- und Arbeitsmaterialien . . . . .	XLIX
<b>1. Kapitel. Begriff und System des Gesundheitsrechts . . . . .</b>	<b>1</b>
§ 1 Das Rechtsgebiet Gesundheitsrecht . . . . .	1
§ 2 Bereiche der gesundheitlichen Versorgung . . . . .	3
§ 3 Überblick über die systematische Ordnung des Gesundheitsrechts . . . . .	5
<b>2. Kapitel. Europarechtlicher Rahmen . . . . .</b>	<b>11</b>
§ 4 Rechtsgrundlagen . . . . .	11
§ 5 Bereiche und Arten der Zuständigkeiten der Union auf dem Gebiet der Gesundheit . . . . .	12
§ 6 Gesundheitswesen (Art. 168 AEUV) . . . . .	14
§ 7 Andere Bereiche im Zusammenhang mit dem Gesundheitsschutz . . . . .	16
§ 8 Richtlinien . . . . .	16
§ 9 Einfluss der Rechtsprechung des EuGH auf das Gesundheitswesen und das Gesundheitsrecht . . . . .	19
<b>3. Kapitel. Öffentliche Verantwortung für das Gesundheitswesen . . . . .</b>	<b>23</b>
§ 10 Öffentliche Verantwortung für Gesundheit . . . . .	23
§ 11 Verantwortung für die Infrastruktur des Gesundheitswesens . . . . .	34
<b>4. Kapitel. Personelle leistungserbringende Akteure im Gesundheitswesen: Ärzte,         Pflegerberufe und andere Heilberufe . . . . .</b>	<b>39</b>
§ 12 Heilberufe und andere Berufe auf dem Gebiet des Gesundheitswesens . . . . .	39
§ 13 Rechtsquellen – Regelungsebenen . . . . .	42
§ 14 Strukturmerkmale des Rechts der Heilberufe . . . . .	43
§ 15 Ärzte . . . . .	48
§ 16 Pflegeberufe . . . . .	76
§ 17 Heilmittelerbringer im SGB V . . . . .	86
§ 18 Kooperation der Heilberufe . . . . .	89
<b>5. Kapitel. Institutionelle leistungserbringende Akteure im Gesundheitswesen         (Krankenhäuser, Pflege- und Rehabilitationseinrichtungen) und andere         institutionelle Akteure . . . . .</b>	<b>93</b>
§ 19 Strukturmerkmale des Rechts der institutionellen Akteure . . . . .	93
§ 20 Krankenhäuser . . . . .	97
§ 21 Pflegeeinrichtungen . . . . .	114
§ 22 Dienste und Einrichtungen der Rehabilitation und Teilhabe sowie der Prävention . . . . .	138

§ 23 Formen der Kooperation zwischen institutionellen und personellen leistungserbringenden Akteuren . . . . .	143
<b>6. Kapitel. Waren (Arzneimittel – Hilfsmittel/Medizinprodukte – digitale Gesundheitsanwendungen) . . . . .</b>	<b>147</b>
§ 24 Überblick: Arzneimittel – Hilfsmittel/Medizinprodukte – digitale Gesundheitsanwendungen . . . . .	147
§ 25 Arzneimittel . . . . .	148
§ 26 Hilfsmittel/Medizinprodukte . . . . .	156
§ 27 Digitale Gesundheitsanwendungen . . . . .	161
<b>7. Kapitel. Öffentlich-rechtliche Sicherung: Sozialleistungsrecht . . . . .</b>	<b>163</b>
§ 28 Überblick . . . . .	163
§ 29 Prävention und Gesundheitsförderung . . . . .	178
§ 30 Krankenbehandlung . . . . .	183
§ 31 Langzeitpflege . . . . .	291
§ 32 Medizinische Rehabilitation . . . . .	312
§ 33 Palliation . . . . .	318
<b>8. Kapitel. Private Krankenversicherung . . . . .</b>	<b>319</b>
§ 34 Einführung . . . . .	319
§ 35 Grundsätze des Krankenversicherungsvertrags . . . . .	336
§ 36 Versicherungsprämie . . . . .	345
§ 37 Tarife und Versichererleistung . . . . .	348
§ 38 Pflegeversicherung . . . . .	372
<b>9. Kapitel. Schutz von Verbrauchern, Nutzern und Patienten im Gesundheitsrecht . . . . .</b>	<b>375</b>
§ 39 Überblick . . . . .	375
§ 40 Allgemeine verbraucherbezogene Vorkehrungen im Sozialrecht . . . . .	376
§ 41 Gesundheitsbezogene Dienstleistungen . . . . .	377
§ 42 Gesundheitsbezogene Waren . . . . .	382
§ 43 Private Krankenversicherung . . . . .	383
<b>10. Kapitel. Außergerichtliche Konfliktlösung . . . . .</b>	<b>385</b>
§ 44 Gründe und Formen für außergerichtliche Konfliktlösungen im Gesundheitsrecht . . . . .	385
§ 45 Schiedswesen . . . . .	386
<b>11. Kapitel. Arzthaftungsrecht . . . . .</b>	<b>397</b>
§ 46 Einleitung . . . . .	397
§ 47 Die Haftungsbeziehungen bei der ärztlichen Behandlung . . . . .	398
§ 48 Die Behandlungsfehlerhaftung . . . . .	426
§ 49 Die Aufklärungsfehlerhaftung . . . . .	515
§ 50 Rechtsfolgen der Arzthaftung und Verjährung . . . . .	561
<b>12. Kapitel. Gesundheitsstrafrecht . . . . .</b>	<b>571</b>
§ 51 Beginn und Ende des strafrechtlichen Rechtsgüterschutzes . . . . .	571
§ 52 Strafrechtlicher Schutz ungeborenen Lebens . . . . .	580
§ 53 Strafrechtlicher Schutz menschlichen Lebens . . . . .	593
§ 54 Strafrechtlicher Schutz der körperlichen Integrität . . . . .	606
§ 55 Organ- und Gewebetransplantationen . . . . .	620

<b>13. Kapitel. Medizinethik</b> .....	631
§ 56 Begriff und Theorien der Ethik .....	631
§ 57 Ethik in der Medizin .....	635
§ 58 Das Verhältnis von Recht und Ethik in der Medizin .....	640
<b>Sachverzeichnis</b> .....	649

# Inhaltsverzeichnis

Übersicht über die Kapitel und die Autoren .....	V
Vorwort zur 4. Auflage .....	VII
Inhaltsübersicht .....	IX
Abkürzungen .....	XXXI
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur .....	XLV
Hinweise zu den Lern- und Arbeitsmaterialien .....	XLIX
<b>1. Kapitel. Begriff und System des Gesundheitsrechts .....</b>	<b>1</b>
§ 1 Das Rechtsgebiet Gesundheitsrecht .....	1
§ 2 Bereiche der gesundheitlichen Versorgung .....	3
A. Überblick über die Bereiche der gesundheitlichen Versorgung .....	3
B. Gesundheitsförderung – gesundheitliche Prävention .....	4
C. Kuration .....	4
D. Langzeitpflege .....	4
E. Rehabilitation .....	5
F. Palliation .....	5
§ 3 Überblick über die systematische Ordnung des Gesundheitsrechts .....	5
A. Gesamtüberblick .....	5
B. Güter der gesundheitlichen Versorgung .....	6
C. Beschaffung der Güter .....	7
D. Position und Rechte der Nutzer von Gesundheitsgütern .....	8
E. Öffentlicher Gesundheitsschutz – Öffentlicher Gesundheitsdienst .....	8
F. Public Health .....	9
<b>2. Kapitel. Europarechtlicher Rahmen .....</b>	<b>11</b>
§ 4 Rechtsgrundlagen .....	11
A. Europarat – Europäische Union .....	11
B. Allgemeines zum EUV und zum AEUV .....	12
I. Zuständigkeiten .....	12
II. Rechtsquellen .....	12
III. Rechtliche Kontrolle .....	12
§ 5 Bereiche und Arten der Zuständigkeiten der Union auf dem Gebiet der Gesundheit .....	12
§ 6 Gesundheitswesen (Art. 168 AEUV) .....	14
A. Übersicht über die Handlungsbereiche und die Handlungsinstrumente .....	14
B. Handlungsbereiche .....	15
C. Handlungsinstrumente .....	16
§ 7 Andere Bereiche im Zusammenhang mit dem Gesundheitsschutz .....	16
§ 8 Richtlinien .....	16
A. Heilberuferecht .....	16
B. Patientenrechterichtlinie .....	17
C. Sonstige Richtlinien .....	18
§ 9 Einfluss der Rechtsprechung des EuGH auf das Gesundheitswesen und das Gesundheitsrecht .....	19

<b>3. Kapitel. Öffentliche Verantwortung für das Gesundheitswesen</b> . . . . .	23
<b>§ 10 Öffentliche Verantwortung für Gesundheit</b> . . . . .	23
A. Verfassungsrechtliche Vorgaben . . . . .	23
I. Sozialer Rechts- und Bundesstaat . . . . .	23
II. Grund- und Menschenrechte . . . . .	24
1. Schutz der Bevölkerung . . . . .	24
2. Schutzsysteme und Zugang zu diesen . . . . .	25
3. Grundrechtsschutz für die Akteure im Gesundheitswesen . . . . .	26
III. Kompetenzen im Bundesstaat . . . . .	27
IV. Kommunale Selbstverwaltung . . . . .	28
V. Sozialversicherung . . . . .	28
B. Öffentliche Verantwortung . . . . .	29
I. Der Bund . . . . .	29
II. Die Länder . . . . .	30
III. Die Gemeinden und Gemeindeverbände . . . . .	31
IV. Die Sozialversicherung . . . . .	31
V. Sozialstaatliche Regulierung der Privatversicherung . . . . .	32
VI. Die Kammern . . . . .	32
VII. Die Wissenschaft . . . . .	33
VIII. Wahrnehmung der ethischen Belange . . . . .	33
<b>§ 11 Verantwortung für die Infrastruktur des Gesundheitswesens</b> . . . . .	34
A. Allgemeine Fragen der Infrastrukturverantwortung . . . . .	34
B. Zum Recht der Infrastrukturverantwortung . . . . .	34
C. Bereichsspezifisches Infrastrukturrecht: Bedarfsplanung . . . . .	35
I. Krankenhäuser . . . . .	35
II. Pflegeeinrichtungen . . . . .	36
III. Rehabilitationseinrichtungen . . . . .	36
IV. Vertragsärztliche Versorgung . . . . .	37
V. Verantwortlichkeit für die Leistungerschließung . . . . .	37
<b>4. Kapitel. Personelle leistungserbringende Akteure im Gesundheitswesen: Ärzte, Pflegeberufe und andere Heilberufe</b> . . . . .	39
<b>§ 12 Heilberufe und andere Berufe auf dem Gebiet des Gesundheitswesens</b> . . . . .	39
<b>§ 13 Rechtsquellen – Regelungsebenen</b> . . . . .	42
<b>§ 14 Strukturmerkmale des Rechts der Heilberufe</b> . . . . .	43
A. Unterscheidung zwischen direktem und indirektem Berufsrecht . . . . .	43
B. Direktes Berufsrecht . . . . .	43
C. Indirektes Berufsrecht . . . . .	44
D. Sozialleistungserbringungsrecht als wichtigster Bereich des indirekten Berufsrechts . . . . .	44
I. Fragestellungen zur systematischen Ordnung des Leistungserbringungsrechts . . . . .	44
II. Zulassung der Leistungsanbieter zur Leistungserbringung . . . . .	45
III. Besondere Arten des Zugangs zur Leistungserbringung (sozialrechtliche Steuerung des Zugangs der Leistungsanbieter zur Leistungserbringung) . . . . .	45
IV. Leistungsgestaltung . . . . .	46
V. Qualitätssicherung . . . . .	46
VI. Vergütung der Leistungsanbieter . . . . .	47
VII. Beendigung des Zugangs zur Leistungserbringung . . . . .	47
VIII. Nutzerstellung . . . . .	47
<b>§ 15 Ärzte</b> . . . . .	48
A. Direktes Berufsrecht der Ärzte . . . . .	48
I. Berufsausbildung . . . . .	48
1. Besonderheiten der ärztlichen Berufsausbildung . . . . .	48

2. Berufsausbildung nach der Bundesärzteordnung . . . . .	48
3. Weiterbildungsrecht . . . . .	49
II. Berufsbezeichnung und Berufszulassung . . . . .	50
1. Nach der Bundesärzteordnung . . . . .	50
2. Nach dem Weiterbildungsrecht . . . . .	50
III. Berufsausübung . . . . .	50
1. Bundesärzteordnung . . . . .	50
2. Landesrecht . . . . .	51
a) Kammern . . . . .	51
b) Berufsordnung . . . . .	51
c) Berufsgerichte . . . . .	52
d) Gebietsbeschränkungen – fachgebietsfremde Tätigkeit . . . . .	52
IV. Vergütung . . . . .	53
V. Beendigung der Berufsausübung . . . . .	53
B. Indirektes Berufsrecht der Ärzte: Sozialrechtliches Leistungserbringungsrecht	54
I. Rechtsquellen . . . . .	54
II. Die zentrale Stellung des Arztes in der Leistungserbringung nach dem SGB V . . . . .	54
III. Zulassung zur Leistungserbringung (Teilnahme an der vertragsärztlichen Versorgung) . . . . .	55
1. Zulassungsausschuss – Berufungsausschuss . . . . .	55
2. Persönliche Voraussetzungen beim Arzt . . . . .	55
3. Voraussetzungen beim medizinischen Versorgungszentrum . . . . .	56
4. Steuerung der Bedarfsdeckung durch Bedarfsplanung und Ermächtigung . . . . .	56
IV. Berufspflichten im Leistungserbringungsrecht . . . . .	57
V. Sozialrechtliche Steuerung des Zugangs zur Leistungserbringung . . . . .	58
1. Freie Arztwahl und Steuerung der Arztwahl . . . . .	58
2. Besondere ärztliche Versorgungsformen . . . . .	58
VI. Leistungsgestaltung . . . . .	60
1. Parameter der Leistungsgestaltung . . . . .	60
2. Leistungseinschluss/Leistungsausschluss . . . . .	60
3. Konkretisierung des Inhalts und des Umfangs der Leistungen . . . . .	60
VII. Qualitätssicherung . . . . .	61
1. Terminologie . . . . .	61
2. Rechtliche Struktur der Qualitätserstellung . . . . .	63
3. Qualitätssicherung als rechtliche Querschnittmaterie . . . . .	63
4. Allgemeiner rechtlicher Rahmen der Qualitätssicherung im SGB V . . . . .	63
5. Allgemeine Gegenstände der Qualitätssicherung – sektorenübergreifende Qualitätssicherung . . . . .	64
6. Besondere Adressaten und Gegenstände der Qualitätssicherung (Vertragsärzte) . . . . .	66
VIII. Vergütung . . . . .	67
1. Zur Situation des Vergütungsrechts . . . . .	67
2. Zahlungsströme . . . . .	68
3. Grundlagen des Vergütungsrechts . . . . .	68
4. Überprüfung von Leistungen und Abrechnungen . . . . .	70
IX. Beendigung der Zulassung zur Leistungserbringung . . . . .	70
C. Rechtsstellung des Arztes im Gesundheitswesen – Arztberuf als Freier Beruf . . . . .	70
I. Unterscheidung beruflicher Status – berufliche Funktionen . . . . .	70
II. Beruflicher Status . . . . .	71
III. Berufliche Funktionen . . . . .	72
D. Der Arzt in der Konkurrenz zu anderen Ärzten und zur ambulanten Versorgung in Krankenhäusern . . . . .	73
I. Konkurrenzsituationen und Rechtsschutz . . . . .	73
II. Rechte des Arztes in Konkurrenzsituationen . . . . .	74

<b>§ 16 Pflegeberufe</b> .....	76
A. Direktes Berufsrecht der Pflegeberufe .....	76
I. Berufsausbildung .....	76
II. Berufsbezeichnung und Berufszulassung .....	78
III. Berufsausübung .....	78
1. Pflegekammern .....	78
2. Berufsordnungen .....	79
3. Vorbehaltene Tätigkeiten .....	79
IV. Beendigung der Berufsausübung .....	79
B. Indirektes Berufsrecht der Pflegeberufe: Sozialrechtliches	
Leistungserbringungsrecht .....	80
I. Zum Verständnis der unterschiedlichen Einbindung von Ärzten und Pflegekräften in die sozialrechtlichen Leistungserbringungssysteme .....	80
II. Rechtsquellen .....	81
1. SGB V .....	81
2. SGB XI .....	81
III. Zulassung zur Leistungserbringung .....	81
1. SGB V .....	81
a) System des Leistungserbringungsrechts bei Pflegeleistungen .....	81
b) Häusliche Krankenpflege .....	81
c) Stationäre und ambulante Hospizleistungen .....	82
d) Spezialisierte ambulante Palliativversorgung .....	82
2. SGB XI .....	82
IV. Sozialleistungsrechtliche Steuerung des Zugangs zur Leistungserbringung .....	83
1. SGB V .....	83
2. SGB XI .....	83
V. Leistungsgestaltung .....	83
1. SGB V .....	83
2. SGB XI .....	84
VI. Qualitätssicherung .....	84
1. SGB V .....	84
2. SGB XI .....	84
VII. Vergütung .....	84
1. SGB V .....	84
2. SGB XI .....	85
VIII. Nutzerstellung .....	85
1. SGB V .....	85
2. SGB XI .....	85
<b>§ 17 Heilmittelbringer im SGB V</b> .....	86
A. Heilmittelbringung im Leistungserbringungssystem des SGB V .....	86
I. Begriff des Heilmittels .....	86
II. Heilmittel im Verhältnis zu anderen medizinischen Dienstleistungen .....	86
B. Leistungserbringer von Heilmitteln .....	87
C. Voraussetzungen der Heilmittelbringung .....	87
I. Heilmittel .....	87
II. Zulassung zur Heilmittelbringung .....	88
III. Gestaltung des Leistungserbringungsverhältnisses .....	88
<b>§ 18 Kooperation der Heilberufe</b> .....	89
A. Zum Kooperations- und Koordinationserfordernis bei der gesundheitlichen Versorgung .....	89
B. Handlungsvoraussetzungen der dienstleistenden Akteure .....	89
C. Abläufe der gesundheitlichen Versorgung .....	90
D. Leistungserbringungsrechtliche Voraussetzungen .....	91
E. Rechtsformen der koordinierten und kooperierenden Leistungsbereitstellung und berufsrechtliche Voraussetzungen und Pflichten .....	91

<b>5. Kapitel. Institutionelle leistungserbringende Akteure im Gesundheitswesen (Krankenhäuser, Pflege- und Rehabilitationseinrichtungen) und andere institutionelle Akteure</b> . . . . .	93
<b>§ 19 Strukturmerkmale des Rechts der institutionellen Akteure</b> . . . . .	93
A. Arten der institutionellen Akteure im Gesundheitswesen . . . . .	93
B. Unterscheidung zwischen Einrichtung und Träger einer Einrichtung . . . . .	93
C. Strukturierung des Rechts der institutionellen leistungserbringenden Akteure . . . . .	94
I. Infrastrukturverantwortung . . . . .	94
II. Zulassung zur Leistungserbringung . . . . .	94
III. Personal . . . . .	95
IV. Leistungen . . . . .	95
V. Qualitätssicherung . . . . .	95
VI. Vergütung . . . . .	95
VII. Beendigung der Marktteilnahme/des Zugangs zur Leistungserbringung . . . . .	96
VIII. Nutzerstellung . . . . .	96
D. Rechtsquellen – Regelungsebenen . . . . .	96
<b>§ 20 Krankenhäuser</b> . . . . .	97
A. Rechtsquellen . . . . .	97
B. Arten von Krankenhäusern . . . . .	98
C. Infrastrukturverantwortung . . . . .	98
I. Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern . . . . .	98
II. Bedarfsplanung . . . . .	100
III. Investitionsförderung . . . . .	102
D. Zulassung (ordnungsrechtlich) . . . . .	103
E. Sozialrechtliche Voraussetzungen des Zugangs zur Leistungserbringung nach SGB V . . . . .	103
I. Plankrankenhäuser . . . . .	103
II. Durch Versorgungsvertrag zugelassene Krankenhäuser . . . . .	105
III. Rechtsschutz . . . . .	105
F. Personal . . . . .	105
G. Leistungen eines Krankenhauses . . . . .	106
H. Qualitätssicherung . . . . .	107
I. Rechtlicher Rahmen der Qualitätssicherung bei Krankenhäusern . . . . .	107
II. Herstellung der Verbindlichkeit von Qualitätsanforderungen . . . . .	108
III. Überwachung von Qualitätsanforderungen . . . . .	108
IV. Reaktionen bei Nichteinhaltung von Qualitätsanforderungen . . . . .	108
J. Vergütung . . . . .	109
K. Beendigung der Marktteilnahme/des Zugangs zur Leistungserbringung . . . . .	112
I. Herausnahme aus dem Krankenhausplan . . . . .	112
II. Kündigung des Versorgungsvertrages . . . . .	112
III. Verbot der Leistungserbringung . . . . .	112
L. Nutzerstellung . . . . .	112
<b>§ 21 Pflegeeinrichtungen</b> . . . . .	114
A. Rechtsquellen . . . . .	114
B. Arten von Pflegeeinrichtungen . . . . .	115
C. Infrastrukturverantwortung . . . . .	117
I. Zuständigkeit . . . . .	117
II. Beteiligung mehrerer Akteure an der Infrastrukturverantwortung . . . . .	117
III. Ausgestaltung . . . . .	119
D. Zulassung (ordnungsrechtlich) . . . . .	120
E. Sozialrechtliche Steuerung des Zugangs zur Leistungserbringung nach SGB XI . . . . .	121
I. Zulassung durch Versorgungsvertrag – Anspruch auf Versorgungsvertrag . . . . .	121
II. Rechtsnatur des Versorgungsvertrages – Rechtsschutz . . . . .	121



III. Beteiligte des Versorgungsvertrages	121
IV. Voraussetzungen für den Abschluss eines Versorgungsvertrages	122
V. Inhalt des Versorgungsvertrages	122
VI. Wirkungen des Versorgungsvertrages	122
F. Personal	123
I. Personalvorgaben	123
II. Ordnungsrechtliche Personalvorgaben: Landesrechtliche Regelungen	123
III. Personalvorgaben im SGB XI	123
G. Leistungen der Pflegeeinrichtungen	125
I. Leistungsprogramm des SGB XI	125
II. Gesetzliche Leistungen	125
III. Zusatzleistungen im Pflegeheim	125
H. Qualitätssicherung	126
I. Besonderheiten der Qualitätssicherung in der Pflege	126
II. Entwicklung von Qualitätsanforderungen – Finanzierung und Zustandekommen	127
III. Herstellung der Verbindlichkeit von Qualitätsanforderungen	128
IV. Umsetzung von Qualitätsanforderungen in die Praxis	129
V. Überwachung der Einhaltung von Qualitätsanforderungen	129
VI. Reaktionen auf die Nichteinhaltung von Qualitätsanforderungen	130
J. Vergütungen	131
I. Allgemeine Vorschriften zur Pflegevergütung	131
II. Prinzipien der Einrichtungsfinanzierung im SGB XI	131
III. Duale Finanzierung	131
IV. Vergütung der stationären Pflegeleistungen	133
1. Bemessungsgrundsätze der Entgelte für Pflegeleistungen (Pflegesätze)	133
2. Bemessungsgrundsätze der Entgelte für Unterkunft und Verpflegung	134
3. Zusatzleistungen	134
V. Vergütungen der ambulanten Pflegeleistungen	135
1. Vergütungsregelung	135
2. Gebührenordnung	135
VI. Festsetzung der Vergütung durch die Schiedsstelle	135
VII. Kostenerstattung statt Vereinbarung einer Vergütung	136
K. Beendigung der Marktteilnahme/des Zugangs zur Leistungserbringung	136
L. Nutzerstellung	137
<b>§ 22 Dienste und Einrichtungen der Rehabilitation und Teilhabe sowie der Prävention</b>	138
A. Allgemeines zu Diensten und Einrichtungen der Rehabilitation und Teilhabe	138
B. Medizinische Rehabilitation	140
C. Berufliche Rehabilitation	141
D. Soziale Rehabilitation	142
E. Dienste und Einrichtungen der Prävention	143
<b>§ 23 Formen der Kooperation zwischen institutionellen und personellen leistungserbringenden Akteuren</b>	143
A. Allgemeines	143
B. Kooperation zwischen Ärzten und Krankenhäusern	144
I. Belegarzt	144
II. Ambulantes Operieren	144
III. Ambulante Behandlung durch ermächtigte Krankenhausärzte	145
C. Ärztliche Versorgung in Einrichtungen der Behindertenhilfe und in stationären Pflegeeinrichtungen	145
D. Besondere Versorgung (Integrierte Versorgung)	145
E. Strukturierte Behandlungsprogramme	146
<b>6. Kapitel. Waren (Arzneimittel – Hilfsmittel/Medizinprodukte – digitale Gesundheitsanwendungen)</b>	147

<b>§ 24 Überblick: Arzneimittel – Hilfsmittel/Medizinprodukte – digitale Gesundheitsanwendungen</b> . . . . .	147
A. Regulierungsweisen und Rechtsquellen . . . . .	147
B. Zur Strukturierung des Warenrechts . . . . .	148
<b>§ 25 Arzneimittel</b> . . . . .	148
A. Überblick . . . . .	148
B. Begriffe . . . . .	149
I. Arzneimittel . . . . .	149
II. Stoffe . . . . .	150
III. Weitere Begriffe . . . . .	150
C. Herstellung . . . . .	150
I. Erlaubnis . . . . .	150
II. Rücknahme und Widerruf der Erlaubnis . . . . .	150
D. Bereitstellung (Zulassung) . . . . .	151
I. Zulassungspflicht . . . . .	151
II. Zuständigkeiten . . . . .	151
E. Inverkehrbringen (Abgabe) . . . . .	152
I. Begriffe . . . . .	152
II. Verantwortlichkeit für die Abgabe . . . . .	153
III. Abgabeverbote . . . . .	153
IV. Apothekenpflicht . . . . .	153
V. Versandhandel – elektronischer Handel . . . . .	153
VI. Verschreibungspflicht . . . . .	154
F. Preisgestaltung . . . . .	154
I. Im Arzneimittelrecht . . . . .	154
II. Im Sozialrecht (SGB V) . . . . .	155
1. Festbeträge . . . . .	155
2. Erstattungsbeträge für nicht festbetragsfähige Arzneimittel . . . . .	156
3. Pflichtrabatte . . . . .	156
<b>§ 26 Hilfsmittel/Medizinprodukte</b> . . . . .	156
A. Überblick und Rechtsquellen . . . . .	156
I. Medizinprodukterecht . . . . .	156
1. Unionsrecht . . . . .	156
2. Deutsches Durchführungsrecht . . . . .	157
II. Sozialrecht . . . . .	157
B. Begriff und Arten des Hilfsmittels . . . . .	157
C. Herstellung . . . . .	158
D. Bereitstellung (Zulassung) . . . . .	159
E. Abgabe an die Versicherten . . . . .	160
F. Preisgestaltung . . . . .	160
I. Festbeträge . . . . .	160
II. Vertragliche Gestaltung . . . . .	160
G. Überwachung – Vigilanz bei Medizinprodukten . . . . .	160
<b>§ 27 Digitale Gesundheitsanwendungen</b> . . . . .	161
A. Überblick . . . . .	161
B. Begriff . . . . .	161
C. Bereitstellung . . . . .	161
D. Vergütungsgestaltung . . . . .	162
<b>7. Kapitel. Öffentlich-rechtliche Sicherung: Sozialleistungsrecht</b> . . . . .	163
<b>§ 28 Überblick</b> . . . . .	163
A. Einbettung der Gesundheitsversorgung in das allgemeine Sozialrecht . . . . .	163
I. Soziale Rechte im SGB I . . . . .	163
II. Verfahrensrecht im SGB I und SGB X . . . . .	164
III. Rechtsweg im Sozialrecht . . . . .	165
B. Sozialversicherung: Grundsätze, Organisation, Finanzierung . . . . .	166

I. Allgemeine Grundsätze im SGB IV	166
II. Krankenversicherung	167
III. Pflegeversicherung	168
IV. Rentenversicherung	168
V. Unfallversicherung	169
C. Staatliche und kommunale Leistungsträger	169
I. Soziale Entschädigung	169
II. Sozialhilfe und Eingliederungshilfe	170
III. Asylbewerberleistungsgesetz	171
D. Institutionen mit Bedeutung für die Gesundheitsversorgung	171
I. Aufsichtsbehörden: Bundesamt für Soziale Sicherung und Länder	171
II. GKV-Spitzenverband, Kassenverbände, Medizinische Dienste	172
III. Kassenärztliche Vereinigungen	172
IV. Gemeinsamer Bundesausschuss, Landesgremien	173
V. Qualitätsausschuss Pflege/Landespflegeausschüsse	175
VI. Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation	175
VII. Nationale Präventionskonferenz	175
VIII. Gemeinden und Kreise im Gesundheitswesen	176
IX. Rettungsdienst	176
X. Freie Wohlfahrtspflege	177
XI. Verbände kranker und behinderter Menschen	177
XII. Selbsthilfe	178
<b>§ 29 Prävention und Gesundheitsförderung</b>	178
A. Einbettung der Prävention in das Gesundheitsrecht	178
B. Präventionsleistungen der gesetzlichen Krankenversicherung	180
C. Weitere Träger und zuständige Behörden	181
I. Rentenversicherung	181
II. Unfallversicherung	181
III. Arbeitsschutzbehörden	181
IV. Öffentlicher Gesundheitsdienst	181
<b>§ 30 Krankenbehandlung</b>	183
A. Die Krankenbehandlung im Zentrum des Gesundheitsrechts	183
I. Allgemeines	183
II. Grundsätze	183
1. Krankenversicherung als Solidargemeinschaft	183
2. Gesundheit als Bezugspunkt der GKV	184
3. Sachleistungsprinzip	184
4. Wirtschaftlichkeitsgebot	187
5. Leistungsbezug im Ausland	187
a) Leistungsanspruchnahme außerhalb der EU, des EWR und der Schweiz	188
b) Behandlung im EU-Ausland, im EWR und in der Schweiz	189
B. Krankenversicherung	191
I. Versicherte – Leistungsberechtigte	191
1. Überblick	191
2. Versicherungspflicht	191
a) Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	191
b) Bezieher von Arbeitslosengeld	193
c) Rentner und Waisenrentenbezieher	194
d) Personen in Einrichtungen der Jugendhilfe	195
e) Teilnehmer an Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	195
f) Menschen mit Behinderungen in Werkstätten und Einrichtungen	195
g) Studierende	196
h) Praktikanten	197
i) Landwirte, Künstler und Publizisten	198
j) Auffangtatbestand	198
k) Konkurrenzen	199

l) Das Verhältnis zur hauptberuflich selbstständigen Erwerbstätigkeit . . . . .	200
3. Versicherungsfreiheit . . . . .	200
a) Allgemeines . . . . .	200
b) Überschreitung der Jahresarbeitsentgeltgrenze . . . . .	201
c) Anderweitig abgesicherte Personenkreise . . . . .	202
d) Versicherungsfreiheit nicht-deutscher Seeleute . . . . .	203
e) Eintritt der Versicherungspflicht bei über 55jährigen . . . . .	203
f) Werkstudentenprivileg . . . . .	204
g) Geringfügig Beschäftigte . . . . .	205
4. Befreiung von der Versicherungspflicht . . . . .	205
a) Einzelne Befreiungstatbestände . . . . .	206
b) Befreiungsverfahren . . . . .	208
5. Freiwillige Versicherung . . . . .	208
a) Erfasster Personenkreis . . . . .	208
b) Beitrittsverfahren . . . . .	210
6. Familienversicherung . . . . .	210
a) Familienversicherter Personenkreis . . . . .	210
b) Sachliche Voraussetzungen der Familienversicherung . . . . .	212
c) Zuständige Krankenversicherung . . . . .	213
II. Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung . . . . .	213
1. Allgemeine Anspruchsvoraussetzungen . . . . .	213
a) Bestehen eines Versicherungsverhältnisses . . . . .	213
b) Zusammenhang zwischen Leistungsberechtigung und Versicherungsfall . . . . .	214
c) Erfüllung der Voraussetzungen der jeweiligen Anspruchsnorm . . . . .	215
d) Vorrang anderer Sozialleistungsträger . . . . .	216
e) Rechtsmissbrauch – § 52a SGB V . . . . .	216
f) (Beschränkter) Leistungsausschluss nach § 52 SGB V . . . . .	217
g) Ruhen des Leistungsanspruchs . . . . .	218
2. Die Leistungen im Einzelnen . . . . .	219
a) Die Leistungsarten . . . . .	219
b) Die einzelnen Leistungen . . . . .	219
C. Krankenbehandlung bei anderen Trägern, Zugang und Leistungen . . . . .	279
I. Gesetzliche Unfallversicherung (GUV) . . . . .	279
II. Soziale Entschädigung . . . . .	281
III. Sozialhilfe . . . . .	283
IV. Asylbewerberleistungsgesetz . . . . .	285
V. Beihilfe . . . . .	286
1. Beihilfeberechtigte Personen . . . . .	286
2. Bemessungssatz der Beihilfe . . . . .	287
3. Beihilfefähige Aufwendungen . . . . .	287
4. Eigenbeteiligung . . . . .	290
5. Antragserfordernis . . . . .	291
<b>§ 31 Langzeitpflege . . . . .</b>	<b>291</b>
A. Langzeitpflege im Gesundheitsrecht . . . . .	291
B. Pflegeversicherung . . . . .	292
I. Allgemeine Vorschriften . . . . .	292
1. Allgemeine Vorschriften mit leistungsrechtlichem Bezug . . . . .	292
2. Allgemeine Vorschriften für die an der pflegerischen Versorgung Beteiligten . . . . .	292
3. Trägerstatus und Vorrangklausel . . . . .	293
II. Versicherte . . . . .	293
III. Leistungen . . . . .	294
1. Pflegebedürftigkeit . . . . .	294
a) Der neue Begriff der Pflegebedürftigkeit . . . . .	294
b) Feststellung der Pflegebedürftigkeit . . . . .	295
2. Leistungserschließung . . . . .	296

a) Pflegeberatung	296
b) Pflegestützpunkte	296
3. Leistungsrecht	296
a) Allgemeines	296
b) Überblick über die Leistungen	297
c) Leistungen bei häuslicher Pflege	298
d) Tages- und Nachtpflege	299
e) Kurzzeitpflege	299
f) Vollstationäre Pflege	300
g) Zusätzliche Betreuung und Aktivierung in stationären Pflegeeinrichtungen	300
h) Leistungen zur sozialen Sicherung der Pflegepersonen	301
i) Zusätzliche Leistungen bei Pflegezeit und kurzzeitiger Arbeitsverhinderung	302
j) Pflegekurse für Angehörige und ehrenamtliche Pflegepersonen	302
k) Umwandlung des ambulanten Sachleistungsbetrags	302
l) Entlastungsbetrag	303
m) Leistungen des Persönlichen Budgets	303
n) Zusätzliche Leistungen für Pflegebedürftige in ambulant betreuten Wohngruppen	303
o) Ergänzende Unterstützung bei Nutzung von digitalen Pflegeanwendungen	303
p) Digitale Pflegeanwendungen	304
q) Leistungen bei Pflegegrad 1	304
C. Pflegeleistungen bei anderen Trägern	304
I. Gesetzliche Unfallversicherung	304
1. Allgemeines	304
2. Versicherte	304
3. Leistungsrecht	305
a) Allgemeines	305
b) Versicherungsfälle	305
c) Leistungen bei Pflegebedürftigkeit	305
II. Soziale Entschädigung	306
1. Allgemeines	306
2. Leistungsrecht	306
III. Sozialhilfe	307
1. Allgemeines	307
a) Nachrang der Sozialhilfe	307
b) Leistungskonkurrenzen	308
c) Vorrang im Rahmen der häuslichen Pflege	308
2. Hilfe zur Pflege	309
a) Begriff der Pflegebedürftigkeit	309
b) Begutachtung	309
c) Leistungen	309
IV. Beihilfevorschriften für öffentlich Bedienstete	309
1. Allgemeine Grundsätze	309
2. Pflegeberatung	309
3. Beihilfefähige Aufwendungen	310
4. Häusliche Pflege	310
5. Kombinationsleistungen	310
6. Häusliche Pflege bei Verhinderung der Pflegeperson	310
7. Teilstationäre Pflege	311
8. Kurzzeitpflege	311
9. Ambulant betreute Wohngruppen	311
10. Pflegehilfsmittel und Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes	311
11. Leistungen zur sozialen Sicherung der Pflegeperson	311
12. Vollstationäre Pflege	311

13. Pflege in Einrichtungen der Behindertenhilfe	311
14. Aufwendungen bei Pflegegrad 1	312
<b>§ 32 Medizinische Rehabilitation</b>	312
A. Behinderung und Rehabilitation	312
B. Allgemeines Rehabilitations- und Teilhaberecht (SGB IX – Teil 1)	313
C. Trägerspezifisches Recht, Zugang und Leistungen	315
I. Rentenversicherung	315
II. Krankenversicherung	315
III. Unfallversicherung	316
IV. Soziale Entschädigung	316
V. Eingliederungshilfe	316
VI. Kinder- und Jugendhilfe	316
VII. Schwerbehindertenrecht	316
<b>§ 33 Palliation</b>	318
<b>8. Kapitel. Private Krankenversicherung</b>	319
<b>§ 34 Einführung</b>	319
A. Zweck und Typologie der privaten Krankenversicherung	319
B. Rechtsgrundlagen	321
I. Versicherungsvertragsgesetz	321
II. Weitere Gesetze und Verordnungen	322
III. Allgemeine Versicherungsbedingungen (AVB)	322
IV. Gesundheitsreform 2007	324
V. Weitere Reformen	325
VI. Bürgerversicherung	326
C. Vergleich mit der GKV	328
I. Grundlegende Unterschiede zwischen PKV und GKV	328
II. Gemeinsamkeiten zwischen PKV und GKV	330
III. Leistungsvergleich PKV im Normaltarif mit GKV	330
D. Zuordnung zu PKV oder GKV	331
I. Zugang zur PKV	331
II. Einzelne Zuordnungsfragen	333
1. Beihilfe	333
2. Gemischte Familienverhältnisse: Künstliche Befruchtung	334
E. Rahmenbedingungen	335
I. PKV-Markt	335
II. PKV-Aufsicht	335
<b>§ 35 Grundsätze des Krankenversicherungsvertrags</b>	336
A. Typologie	336
B. Verbraucherschutz	337
C. Beteiligte Personen	337
D. Beratung und Information	338
E. Vertragsabschluss	339
F. Obliegenheiten des Versicherungsnehmers	340
I. Einführung	340
II. Vorvertragliche Anzeigepflichten	340
1. Äquivalenzprinzip	340
2. Fragenkatalog	341
3. Datenüberprüfung	342
III. Sonstige Obliegenheiten	342
G. Unwirksamkeit und Abwicklung	342
I. Keine Befristung	342
II. Versicherer: Anfechtung, Rücktritt und Kündigung	343
1. Verletzung der Anzeigepflichten	343
2. Sonstige Kündigung	343
III. Versicherungsnehmer: Kündigung	344

§ 36	<b>Versicherungsprämie</b>	345
	A. Einleitung	345
	B. Prämienkalkulation und Alterungsrückstellung	345
	C. Prämien- und Tarifierfassung	346
	D. Zahlungsverzug	347
§ 37	<b>Tarife und Versichererleistung</b>	348
	A. Tarifüberblick	348
	B. Grundsätze der Versichererleistung	349
	C. Managed Care	350
	D. Leistungen der Krankheitskostenvollversicherung im Normaltarif	351
	I. Versicherungsfall	351
	1. Allgemeines	351
	2. Krankheit	351
	3. Medizinische Notwendigkeit einer Heilbehandlung	353
	4. Zeitlicher Umfang	354
	5. Räumlicher Umfang	355
	II. Allgemeine Einschränkungen der Versichererleistung	355
	1. Höchstsätze	355
	2. Übermaßverbot	355
	3. Wirtschaftlichkeitsgebot	356
	4. Mehrheit von Leistungspflichtigen	356
	5. Ausschlussgründe	357
	III. Ausgewählte Leistungselemente	359
	1. Überblick: Bereiche der Gesundheitsversorgung	359
	2. Ambulante Heilbehandlung	359
	3. Zahnbehandlung und Zahnersatz	360
	4. Stationäre Heilbehandlung	360
	5. Arzneimittel	360
	6. Heilmittel	361
	7. Hilfsmittel	361
	8. Medizinprodukte	361
	E. Besonderheiten des Standardtarifs	362
	F. Besonderheiten des Basistarifs	362
	G. Besonderheiten des Notlagentarifs	364
	H. Tarifwechsel innerhalb eines PKV-Unternehmens	366
	I. Allgemeines	366
	II. Wechsel vom Normaltarif in andere Tarife	367
	1. Standard- und Basistarif	367
	2. Innerhalb der Normaltarife	367
	III. Wechsel vom Standardtarif zum Basistarif	369
	IV. Wechsel vom Basistarif in den Normaltarif	369
	V. Wechsel von und in den Notlagentarif	369
	VI. Wechsel von und in einen Unisextarif	370
	VII. Anwartschaft	370
	J. Wechsel des PKV-Unternehmens	370
	K. Portabilität der Alterungsrückstellung	370
§ 38	<b>Pflegeversicherung</b>	372
	A. Allgemeines	372
	B. Private Pflegepflichtversicherung	372
<b>9. Kapitel. Schutz von Verbrauchern, Nutzern und Patienten im Gesundheitsrecht</b>		375
§ 39	<b>Überblick</b>	375
§ 40	<b>Allgemeine verbraucherbezogene Vorkehrungen im Sozialrecht</b>	376
	A. Aufklärung, Beratung und Auskunft	376
	B. Wunsch- und Wahlrechte bei der Leistungsgestaltung	376
§ 41	<b>Gesundheitsbezogene Dienstleistungen</b>	377

A. Bei Krankheit	377
I. Patientenbeauftragter	377
II. Patientenrechtegesetz	377
III. Beteiligung von Interessenvertretungen der Patienten	378
IV. Unabhängige Patientenberatung	379
V. Unterstützung durch Krankenkassen und Kammern in Haftungsfällen	379
B. Bei Pflegebedürftigkeit	380
I. Pflegestützpunkte	380
II. Pflegeberatung	380
III. Beteiligung von Interessenvertretungen	381
C. Bei Behinderung	381
I. Behindertenbeauftragte	381
II. Beratung und Unterstützung bei Rehabilitation und Teilhabe	381
<b>§ 42 Gesundheitsbezogene Waren</b>	382
A. Produktinformation	382
I. Arzneimittel	382
II. Medizinprodukte	382
B. Produkthaftung	382
I. Arzneimittel	382
II. Medizinprodukte	382
<b>§ 43 Private Krankenversicherung</b>	383
<b>10. Kapitel. Außergerichtliche Konfliktlösung</b>	385
<b>§ 44 Gründe und Formen für außergerichtliche Konfliktlösungen im Gesundheitsrecht</b>	385
<b>§ 45 Schiedswesen</b>	386
A. Funktion, Geschichte und Bereiche	386
B. Gesetzliche Krankenversicherung (SGB V)	387
I. Bereiche	387
II. Rechtsgrundlagen	388
III. Zuständigkeit	388
IV. Organisation – Zusammensetzung – Aufsicht	388
V. Verfahren	389
VI. Entscheidung	389
VII. Rechtsschutz	389
C. Krankenhausfinanzierung (KHG – KHEntgG)	389
I. Bereiche	389
II. Rechtsgrundlagen	390
III. Zuständigkeit	390
IV. Organisation – Zusammensetzung	390
V. Verfahren	390
VI. Entscheidung	391
VII. Genehmigung	391
VIII. Rechtsschutz	391
D. Soziale Pflegeversicherung (SGB XI)	392
I. Bereiche	392
II. Rechtsgrundlagen	392
III. Zuständigkeit	392
IV. Organisation – Zusammensetzung – Aufsicht	392
V. Verfahren	393
VI. Entscheidung	393
VII. Rechtsschutz	394
E. Sozialhilfe (SGB XII)	394
I. Rechtsgrundlagen	394
II. Zuständigkeit	394
III. Organisation	394



IV. Verfahren	394
V. Entscheidung	395
VI. Rechtsschutz	395
<b>11. Kapitel. Arzthaftungsrecht</b>	<b>397</b>
<b>§ 46 Einleitung</b>	<b>397</b>
<b>§ 47 Die Haftungsbeziehungen bei der ärztlichen Behandlung</b>	<b>398</b>
A. Die Haftungsgrundlagen	398
I. Die unterschiedlichen Haftungsregime	398
1. Das vertragliche Haftungsregime	398
a) Der Behandlungsvertrag als zivilrechtlicher Vertrag	399
b) Der Behandlungsvertrag als Dienstvertrag	401
2. Das deliktische Haftungsregime	403
II. Die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Haftungsregime	404
B. Der Anspruchsinhaber eines Arzthaftungsanspruches	405
C. Der Anspruchsgegner auf Behandlerseite	406
I. Eigenhaftung und abgeleitete Haftung	407
II. Die ambulante Behandlung	407
1. Die ambulante Behandlung durch niedergelassene Ärzte	407
a) Die Behandlung durch einen einzelnen Arzt	407
b) Die Behandlung in einer Praxisgemeinschaft	409
c) Die Behandlung durch eine Gemeinschaftspraxis	410
d) Die Behandlung in einem Medizinischen Versorgungszentrum	412
2. Die ambulante Behandlung im Krankenhaus	413
III. Die stationäre Behandlung	416
1. Der totale Krankenhausaufnahmevertrag	416
2. Der gespaltene Krankenhausaufnahmevertrag	419
3. Der Krankenhausaufnahmevertrag mit Arztzusatzvertrag	423
D. Die Notfallbehandlung	424
E. Die öffentlich-rechtliche Behandlung	425
<b>§ 48 Die Behandlungsfehlerhaftung</b>	<b>426</b>
A. Vorbemerkung	426
B. Der haftungsbegründende Tatbestand	427
I. Die Behandlungsfehlertypen	427
1. Die generalisierten Qualitätsmängel	427
a) Der Übernahmefehler	427
b) Der Organisations- und Koordinationsfehler	433
2. Konkrete Qualitätsmängel	437
a) Der Therapiewahlfehler	437
b) Der Therapiefehler	440
c) Der Diagnosefehler	442
d) Die Nichterhebung erforderlicher Diagnose- und Kontrollbefunde	446
3. Die therapeutische Sicherungsaufklärung	447
4. Sonderprobleme der ärztlichen Arbeitsteilung	451
a) Der Grundsatz	452
b) Die horizontale Arbeitsteilung	453
c) Die vertikale Arbeitsteilung	460
II. Der Sorgfaltsmaßstab	463
1. Die inhaltlichen Anforderungen	463
2. Die Feststellung des maßgeblichen Standards	468
III. Die haftungsbegründende Kausalität	471
1. Die grundsätzlichen Anforderungen an den Zurechnungszusammenhang	471
2. Die Unterbrechung des Kausalzusammenhangs	472
3. Die Sonderregelung des § 830 Abs. 1 BGB	473
IV. Die Beweislast hinsichtlich des haftungsbegründenden Tatbestandes	474

1. Der Grundsatz – volle Beweislast beim Patienten	474
2. Beweiserleichterungen – Beweislastumkehr	476
a) Der Anscheinsbeweis	476
b) Das voll beherrschbare Risiko	478
c) Der grobe Behandlungsfehler	484
d) Beweislastumkehr bei einfachen Befunderhebungsfehlern	490
e) Der Dokumentationsmangel	493
C. Der haftungsausfüllende Tatbestand	503
I. Mögliche Sekundärschäden	504
II. Zur haftungsausfüllenden Kausalität	509
III. Beweisfragen	510
IV. Sonderfälle	511
1. Sonderproblem: „Kind als Schaden“	511
2. Sonderproblem: Schädigung dritter Personen	513
D. Mitverschulden	515
<b>§ 49 Die Aufklärungsfehlerhaftung</b>	515
A. Der rechtliche Ausgangspunkt	516
B. Der Aufklärungsmangel	517
I. Der Inhalt der Aufklärung	517
1. Die Diagnoseaufklärung	518
2. Die Behandlungs- oder Verlaufsaufklärung	519
3. Die Risikoaufklärung	524
4. Besonderheiten bei sog. Schönheitsoperationen	529
5. Die wirtschaftliche Aufklärung	529
II. Die Intensität der Aufklärung	532
1. Grundsätzliches	532
2. Keine Verharmlosung	532
3. Die Dringlichkeit des Eingriffs	533
III. Der Aufklärungspflichtige	533
IV. Der Aufklärungsadressat	537
1. Der minderjährige Patient	538
a) Der Grundfall	538
b) Der einsichtsfähige Minderjährige	539
c) Schranken des Einwilligungensrechtes der Sorgeberechtigten	540
2. Psychisch Kranke und sonstige Geschäftsunfähige	540
3. Bestehende Sprachprobleme	542
V. Der Zeitpunkt der Aufklärung	544
1. Die stationäre Behandlung	544
2. Die ambulante Behandlung	547
3. Diagnostische Eingriffe	547
4. Die Operationserweiterung	548
5. Notfalloperationen	549
VI. Die Form der Aufklärung	549
VII. Die Verzichtbarkeit der Aufklärung	552
1. Der erklärte Aufklärungsverzicht	552
2. Der voraufgeklärte Patient	553
3. Die mutmaßliche Einwilligung	554
C. Kausalitätsprobleme	554
I. Der Grundsatz	555
II. Die hypothetische Kausalität	555
1. Die anderweitige Schadensursache	555
2. Die hypothetische Einwilligung	556
III. Der Schutzzweck der Aufklärung	558
D. Die Darlegungs- und Beweislast	559
<b>§ 50 Rechtsfolgen der Arzthaftung und Verjährung</b>	561
A. Der Schadensersatzanspruch	561
I. Der Ersatz des immateriellen Schadens	561
1. Die Faktoren für die Bemessung des Schmerzensgeldes	562

2. Einmalzahlung und Schmerzensgeldrente	563
II. Der materielle Schadensersatz	563
B. Verjährung	564
I. Die Verjährungsfrist	564
II. Der Beginn des Laufs der Verjährungsfrist	565
1. Die Behandlungsfehlerhaftung	565
a) Die positive Kenntnis	565
b) Die grob fahrlässige Unkenntnis	566
c) Die Zurechnung fremden Wissens	567
2. Die Aufklärungsfehlerhaftung	567
III. Die Hemmung der Verjährung	568
<b>12. Kapitel. Gesundheitsstrafrecht</b>	<b>571</b>
<b>§ 51 Beginn und Ende des strafrechtlichen Rechtsgüterschutzes</b>	<b>571</b>
A. Unterschiedlich geschützte Daseinsphasen	571
B. Abgrenzung zwischen „ungeborenem“ und „menschlichem“ Leben	572
I. Beginn menschlichen Lebens	572
II. Interferenzbereich zwischen ungeborenem und menschlichem Leben	573
C. Abgrenzung zwischen Menschenleben und Tod	575
I. Todeskonzept orientiert am TPG	576
II. Todeskonzept orientiert am medizinischen Erkenntnisstand	577
<b>§ 52 Strafrechtlicher Schutz ungeborenen Lebens</b>	<b>580</b>
A. Unterscheidung zwischen intra- und extrauterinem ungeborenem Leben	580
B. Strafrechtlicher Schutz gegen Schwangerschaftsabbrüche	580
I. Überblick über das gesetzliche Schutzkonzept	580
II. Überblick über die historische Entwicklung	581
III. Abwägung zwischen den Interessen des Ungeborenen und der Schwangeren	583
C. Strafrechtlicher Schutz extrauteriner Embryos	585
I. Durch das ESchG geschützte Rechtsgüter	585
II. Rechtliche Zulässigkeit des Stammzellenimports	588
III. Rechtliche Zulässigkeit der Präimplantationsdiagnostik	589
<b>§ 53 Strafrechtlicher Schutz menschlichen Lebens</b>	<b>593</b>
A. System der Tötungsdelikte	593
B. Hilfe im Sterben	594
C. Indirekte Sterbehilfe	595
D. Aktive Sterbehilfe	596
E. Geschäftsmäßige Suizidbeihilfe	599
F. Passive Sterbehilfe	600
G. Sterbehilfe durch Behandlungsabbruch	602
H. Sterbehilfe aufgrund einer Patientenverfügung	603
I. Antizipierte Einwilligung des Patienten	603
II. Mutmaßliche Einwilligung des Patienten	605
<b>§ 54 Strafrechtlicher Schutz der körperlichen Integrität</b>	<b>606</b>
A. Einwilligung in lebensgefährliche körperliche Eingriffe	606
B. Ärztliche Heileingriffe	606
C. Ärztliche Aufklärung und sonstige Einwilligungsvoraussetzungen	608
I. Aufklärung als Voraussetzung einer wirksamen Einwilligung	608
II. Umfang der gebotenen Aufklärung	610
III. Zeitpunkt und Form der Aufklärung	611
IV. Inhalt der Aufklärung	611
D. Hypothetische Einwilligung	612
E. Ärztliche Kunstfehler	614
I. Facharztstandard als Maßstab für eine kunstgerechte Behandlung	615
II. Typen möglicher Kunstfehler	617
F. Ärztliche Organisationsfehler	618

I. Horizontale Arbeitsteilung . . . . .	619
II. Vertikale Arbeitsteilung . . . . .	619
<b>§ 55 Organ- und Gewebetransplantationen . . . . .</b>	<b>620</b>
A. Sonderregelungen für Organ- und Gewebetransplantationen . . . . .	620
B. Organ- und Gewebehandeln . . . . .	621
I. Begriff des Handelstreibens . . . . .	621
II. Schutzzweck des Handelsverbots . . . . .	622
C. Organ- und Gewebespenden durch Lebende . . . . .	624
I. Rechtliche Voraussetzungen für eine Lebendspende . . . . .	624
II. Besonderheiten der Cross-over-Spende . . . . .	624
D. Postmortale Organ- und Gewebespenden . . . . .	625
I. Zustimmung- und Widerspruchslösungen . . . . .	626
II. Rechtliche Voraussetzungen für eine postmortale Spende . . . . .	627
E. Verfahren und Kriterien der Organallokation . . . . .	628
<b>13. Kapitel. Medizinethik . . . . .</b>	<b>631</b>
<b>§ 56 Begriff und Theorien der Ethik . . . . .</b>	<b>631</b>
A. Ethik als Philosophie der Moral . . . . .	631
B. Die Pluralität der Ethik . . . . .	632
C. Ethische Theorien . . . . .	633
<b>§ 57 Ethik in der Medizin . . . . .</b>	<b>635</b>
A. Begriff und Wurzeln der Medizinethik . . . . .	635
B. Der hippokratische Eid . . . . .	637
C. Methodische Ansätze in der modernen Medizinethik . . . . .	638
I. Die Prinzipienethik in der Medizin . . . . .	638
1. Grundgedanken . . . . .	638
2. Die einzelnen Prinzipien . . . . .	639
II. Weitere Ansätze in der Medizinethik . . . . .	640
<b>§ 58 Das Verhältnis von Recht und Ethik in der Medizin . . . . .</b>	<b>640</b>
A. Die Trennung von Recht und Ethik . . . . .	640
B. Verschränkungen . . . . .	642
I. Allgemeine Wechselwirkungen von Recht und Ethik . . . . .	642
1. Moral als rechtsexterne Orientierungsgröße . . . . .	642
2. Ethik und Naturrecht . . . . .	643
II. Inkorporierung und Institutionalisierung von Ethik . . . . .	644
1. Verweisungsnormen . . . . .	644
2. Ethik-Kommissionen und Ethikrat . . . . .	645
<b>Sachverzeichnis . . . . .</b>	<b>649</b>